
Dienstleistungen in den Reformländern Mitteleuropas

Jiří Skolka

In den Ländern Mittel- und Osteuropas, in denen bis vor kurzem die Kommando-Wirtschaft herrschte, verläuft gegenwärtig ein tiefgehender politischer und wirtschaftlicher Wandel: ein Übergang von Diktatur zu Demokratie und von Kommando-Wirtschaft zu Marktwirtschaft. Der Ausgang der Reformbemühungen hängt von vielen Faktoren ab. Auch von der Existenz moderner Dienstleistungen, welche die Infrastruktur für das Funktionieren der Marktwirtschaft bilden. Deren Angebot und Qualität sind in den ehemaligen Kommando-Wirtschaften unbefriedigend. Dies bestätigen nicht nur die Erfahrungen zahlreicher Besucher, sondern auch die verfügbare Statistik¹. In der Periode² 1975–1985, waren in Ländern mit Kommando-Wirtschaft die Anteile des Dienstleistungssektors an wichtigen gesamtwirtschaftlichen Größen nicht besonders hoch:

- am Bruttoinlandsprodukt zwischen 30 und 40 Prozent,
- am Kapitalstock zwischen 40 und 60 Prozent,
- an den Bruttoanlageinvestitionen zwischen 30 und 45 Prozent,
- an der Beschäftigung zwischen 35 und 40 Prozent.

In Österreich (und anderen westeuropäischen Industrieländern) waren vergleichbare Werte um etwa 15 Prozentpunkte höher. Diese Anomalie der Wirtschaftsstruktur wird in theoretischen Studien über Ungleichgewichte in der Zentralplanwirtschaft nicht erwähnt, obwohl sie für das System charakteristisch ist und dessen niedrige Effizienz mitverantwortet.

Relative Größe des Dienstleistungssektors in Ländern mit der Kommando-Wirtschaft

(Anteile in %)

Land	Jahr	Brutto- Inlands- produkt	Kapital- stock	Brutto- Anlage- investitionen*	Beschäf- tigung
Bulgarien	1975	30,1	48,8	42,0	30,3
	1980	35,8	49,9	41,8	32,2
	1985	29,9	50,6	43,8	33,3
ČSFR	1975	29,1	55,4	47,4	36,0
	1980	33,6	53,8	45,4	38,2
	1985	36,3	52,4	40,5	39,4
DDR	1975	37,1	52,4	33,6	38,0
	1980	33,0	49,7	35,0	38,7
	1985	34,0	46,6	33,3	39,1
Polen	1975	27,6	54,4	37,4	30,0
	1980	33,5	59,2	39,1	31,4
	1985	37,0	56,8	49,6	—
Rumänien	1975	27,3	43,8	30,6	23,2
	1980	26,7	41,3	31,1	26,4
	1985	23,4	39,4	30,7	26,6
UdSSR	1975	36,6	53,2	41,6	39,5
	1980	40,9	51,3	41,1	41,3
	1985	42,3	50,2	42,0	42,3
Ungarn	1975	38,3	62,2	46,8	38,0
	1980	39,1	62,2	46,3	36,6
	1985	39,9	61,3	51,3	38,8
Österreich	1975	51,3	67,6	64,7	48,0
	1980	53,9	70,1	71,0	51,4
	1985	57,7	71,7	70,8	55,3

Der Dienstleistungssektor schließt sowohl die „materiellen“ als auch „nichtmateriellen“ Dienstleistungen, nicht die Bauwirtschaft ein. Die drei Angaben über Brutto-Anlageinvestitionen beziehen sich auf die folgenden Perioden: 1971 bis 1975, 1976 bis 1980, 1981 bis 1985. Daten für Österreich sind zu laufenden Preisen, die auch in der RGW-Statistik verwendet wurden.

Quelle: Maciejewicz-Monkiewicz (1989), die originelle Datenquelle war das RGW-Jahrbuch 1986.

Für Österreich sind wegen der geographischen Nähe Dienstleistungen in den mitteleuropäischen Reformländern, in der ČSFR, in Polen und in Ungarn, von Interesse. Es ist anzunehmen, daß österreichische Firmen beabsichtigen, nach der Öffnung dieser Länder den Außenhandel mit ihnen zu erweitern und in ihnen direkt zu investieren. Dienstleistungen in anderen Ländern des früheren politischen und wirtschaftlichen Blocks sind für Österreich weniger interessant, und über diese Länder sind auch wenige Informationen vorhanden. Die Überwindung des Rückstands der Dienstleistungen in der ehemaligen DDR stellt eine spezifische Aufgabe dar, die nach der deutschen Vereinigung auf eigene Weise gelöst wird.

Rückstand der Dienstleistungen

Die Ähnlichkeit der relativen Größe des Dienstleistungssektors in den ehemaligen Kommando-Wirtschaften deutet an, daß dessen Rückstand systembedingt war. Die folgenden Eigenschaften des Systems waren dafür verantwortlich:

- Verteilung der Wirtschaftsmacht;
- herrschende Ideologie und politische Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen;
- Ausschaltung des Marktes bei der Koordinierung der Arbeitsteilung (die Wirtschaft des Landes wurde als ein gigantischer Betrieb gelenkt).

In der Literatur wird als Ursache des niedrigen Gewichts des Dienstleistungssektors auch das niedrige Entwicklungsniveau im Vergleich mit den Industriestaaten mit der Marktwirtschaft erwähnt. Der Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsniveau und der relativen Größe des Dienstleistungssektors ist aber ziemlich kompliziert. Er wird durch die Relationen und Veränderungsraten der Preise und der Arbeitsproduktivität beeinflusst; eine gründliche Behandlung dieser Frage würde aber viel Platz beanspruchen. Für die Kommando-Wirtschaften ist diese Hypothese nicht relevant.

Das politische System in Ländern mit Kommando-Wirtschaft war eine totalitäre Diktatur einer politischen Partei, die Gesellschaft wurde mit Anweisungen aus einer Zentrale gelenkt. Das politische System prägte das Wirtschaftssystem. Die meisten Produktionsmittel waren im öffentlichen Eigentum (vorwiegend des Staates, teilweise auch der Gemeinden und der Genossenschaften). Die Wirtschaftspolitik sollte die politische Macht im Inneren und nach außen schützen helfen. Dazu diente der militär-industrielle Komplex, der aus großen Betrieben der Schwerindustrie (der Metallverarbeitung, der Metallurgie, der Chemie, der Energiewirtschaft und des Bergbaus) bestand. Sie wurden bei Zuteilung von Arbeitskräften, Rohstoffen, Energie und Finanzmitteln bevorzugt. Deren kapitalintensive Produktion benötigte viel an Investitionsgütern, welche die Schwerindustrie für sich selbst produzierte. Dieses weitgehend geschlossene Segment der Wirtschaft gewann einen starken Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Es wies eine hohe Nachfrage nach ei-

gener Produktion auf und verursachte bei der Verteilung der Ressourcen ein „Crowding out“ anderer Wirtschaftsbereiche. Im politischen Verteilungskampf um Ressourcen gelang es der Schwerindustrie, in den frühen Nachkriegsjahren die Landwirtschaft, in der ganzen Nachkriegsperiode die Konsumgüterindustrie und besonders die Dienstleistungen zu verdrängen. Den Dienstleistungen wurden wenige Investitionsmittel und Arbeitskräfte, wenig Energie, Rohstoffe und Finanzmittel zugeteilt, Löhne wurden niedrig gehalten, zentral bestimmte Preise der Produktion waren oft nicht kostendeckend. Dienstleistungen wurden sogar für „parasitär“ gehalten, oder es wurde ein „Antagonismus“ zwischen Industrie und Dienstleistungen erfunden. Die Verdrängung der Dienstleistungen wird auch als „Residual approach“ (Ehrlich, 1990) bezeichnet: Dienstleistungen bekamen einen Teil davon, was nach Erfüllung der Wünsche der Schwerindustrie übriggeblieben ist.

Die herrschende Ideologie sollte diese Wirtschaftspolitik rechtfertigen. Sie berief sich auf Smith, Marx und Lenin. Marx übernahm Adam Smiths Hypothese³ über die produktive und unproduktive Arbeit, die jene Arbeit für produktiv hielt, die materielle Güter schafft; nur ein materialisierter Wert kann erhalten werden. Lenin trug zur feindlichen Einstellung zu Dienstleistungen mit der Hypothese der Notwendigkeit des prioritären Wachstums der Herstellung von Produktionsmitteln wesentlich bei. Die „marxistisch-leninistische“ Beurteilung der Dienstleistungen beeinflusste die Methodologie der Wirtschaftspolitik und -statistik in den Kommando-Wirtschaften. Als das Maß des Volumens der Wirtschaftstätigkeiten wurde statt des in den Marktwirtschaften üblichen „Bruttoinlandsprodukts“ (in dem die Wertschöpfung aller Dienstleistungen enthalten ist) der Begriff des „Materialprodukts“ verwendet. Er umfaßte nur „produktive“ Tätigkeiten, solche, die der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Verpackung, Beförderung, und Wartung von materiellen Gütern dienen (die Landwirtschaft, die Güterproduktion, die Bauwirtschaft und einige „produktive“ Dienstleistungen). Da die politische Führung die Leistungen der Planungsbürokratie am Wachstum des Materialprodukts beurteilte, wurde die „materielle Produktion“, und besonders die Herstellung von Produktionsmitteln, bei der Zuteilung von Ressourcen bevorzugt. Damit war eine „theoretische“ Rechtfertigung für die machtpolitisch motivierte Verdrängung der Konsumindustrie und der Dienstleistungen vorhanden: die herrschende Ideologie und die Interessen der dominierenden Schwerindustrie waren im Einklang.

Weitere Gründe der Verdrängung der Dienstleistungen lagen im Wesen der Kommando-Wirtschaft. In der Marktwirtschaft werden zahlreiche Interaktionen unabhängiger Wirtschaftssubjekte überwiegend autonom und dezentral abgestimmt, in der Kommando-Wirtschaft ist der Staat als der Haupteigentümer der Produktionsmittel auch der oberste Koordinator der Wirtschaftstätigkeiten. In der Marktwirtschaft wird die Arbeitsteilung auf zwei Ebenen koordiniert: einerseits zwischen unselbstständig Beschäftigten in innerbetrieblichen Hierarchien, durch Befehle und Anweisungen, andererseits dezentral zwischen selbständigen Produzenten auf dem Markt, überwiegend durch Reaktionen der Preise von

Gütern und von Produktionsfaktoren. In der Kommando-Wirtschaft wird der Markt durch das Staatseigentum der Produktionsmittel weitgehend ausgeschaltet und die Wirtschaft des Landes als ein riesiger, hierarchisch organisierter Betrieb zentral mit Befehlen und Anweisungen gelenkt⁴. Um diese Aufgabe zu erleichtern, wird die Produktion in großen Monopolunternehmen vertikal integriert. Eine kleine Zahl großer Produktionseinheiten kann leichter gelenkt werden. Die großen Unternehmungen besorgen viele Dienstleistungsfunktionen selbst (Forschung und Entwicklung, Design, Marketing, Wartung und Reparaturen von Maschinen und Einrichtungen, Buchhaltung, betriebseigene Güterbeförderung), und verlagern (externalisieren) diese nur selten in selbstständige spezialisierte Dienstleistungsbetriebe. Die zentralen Behörden wollen die Zahl der Unternehmungen, die sie kontrollieren müssen, niedrig halten; die Produzenten haben wenig Interesse an tiefer Arbeitsteilung, da in der Kommando-Wirtschaft die Zulieferanten unzuverlässig sind. Die Kosten der in Eigenregie der Unternehmungen erbrachten Dienstleistungen sind vermutlich höher, als dies bei einer Spezialisierung und Externalisierung der Fall wäre, werden aber in den Gemeinkosten der Produktion versteckt und kaum berücksichtigt. Die internen dienstleistungsähnlichen Tätigkeiten werden nicht als Dienstleistungsproduktion gezählt; Leute, die sie besorgen, werden nicht für Beschäftigte des Dienstleistungssektors gehalten. Diese in der Statistik international abgestimmte Abgrenzung des Dienstleistungssektors trägt auch zum ungünstigen Bild über dessen Größe in den Kommando-Wirtschaften bei.

Dienstleistungen ermöglichen (besorgen) das Funktionieren des Marktes (D'Alcantara, 1987). Sie schaffen Netze von Interaktionen von Wirtschaftssubjekten, die sich nach abgestimmten Verhaltensregeln auf einer materiellen Infrastruktur abspielen. In der Kommando-Wirtschaft wurden autonome Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auf Marktsignale mit Anweisungen ersetzt, die zentral auf Grund umfangreicher, nicht aber immer verlässlicher Informationen über den Wirtschaftsablauf gefaßt wurden.

Wirtschaftliche Entscheidungen wurden oft politisiert (Bicanic, 1990), über viele Fragen entschieden fachlich wenig qualifizierte Politiker⁵, fachliche Beratungsdienste wurden nicht gefragt. Besonders in den folgenden Fällen:

- Entscheidungen über Produktionsmengen wurden zentral getroffen. Waren und Dienste wurden nicht auf dem Markt frei verkauft, sondern von staatlichen Organisationen abgenommen. Ihr Absatz war gesichert, Marketing war überflüssig, Handel spielte eine untergeordnete Rolle. Die Vernetzung der Produzenten mit den Verbrauchern als auch der Produzenten untereinander war schwach.
- Arbeitskräfte, Rohstoffe und Energie wurden zentral verteilt. Externe professionelle Beratung bei Investitionen, bei Auswahl qualifizierter Arbeitskräfte, bei Rohstoff- und Energieversorgung usw. wurde durch zentrale Anweisungen ersetzt.
- Preise wurden zentral bestimmt. Oft deckten sie die Herstellungsko-

sten nicht, Verluste wurden in einem undurchsichtigen Subventionssystem abgedeckt. Nicht selten war es unmöglich festzustellen, ob die Herstellung gewisser Produkte tatsächlich gewinn- oder verlustbringend ist (Kornai, Matits, 1984). Preise der Dienstleistungen wurden lange Zeit fast stabil gehalten. Oft wurden sie subventioniert (aber selten vollständig, da der Verschleiß der Infrastruktur⁶ in den Produktionskosten kaum berücksichtigt wurde).

- Ein großer Teil des Einkommens der Unternehmungen wurde vom Staat beansprucht und umverteilt. Die Finanzmittel für Investitionen wurden zentral zugeteilt, die Unternehmungen hatten wenig Bedarf an Finanzdiensten, das Banksystem erfüllte eher buchhalterische Aufgaben.
- Im Außenhandel wurden Produzenten von direkten Kontakten mit ausländischen Kunden weitgehend abgeschildert.

Renaissance der Dienstleistungen

Durch den Wiederaufbau der verdrängten Dienstleistungen kann der Wandel des Wirtschaftssystems in den Reformländern wesentlich unterstützt und beschleunigt werden. Dienstleistungen schaffen die Infrastruktur und die Verhaltensregeln für das Funktionieren der Marktwirtschaft und ermöglichen die Eingliederung des Landes in die internationale Vernetzung der Wirtschaftstätigkeiten. Deren Renaissance dürfte keine Rückkehr zu der Lage in den fünfziger Jahren, sondern eine flexible Anpassung an die Gegenwart in den Industriestaaten sein, bei der die gegenwärtigen Trends zur Globalisierung und Internationalisierung und der schnelle technische Fortschritt berücksichtigt werden müßten. Es sollte das entstehen, was hypothetisch existieren würde, hätte es die vierzig Jahre der Kommando-Wirtschaft nicht gegeben. Dienstleistungen könnten in den Reformländern Mitteleuropas auch neue Arbeitsplätze für einen Teil der nach der Umstrukturierung der Industrie und Modernisierung der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte⁷ schaffen.

Viele Aufgaben der Belebung der Dienstleistungen könnten und sollten die mitteleuropäischen Reformländer mit eigenen Kräften lösen. Die sozialen Dienste sind (gemessen am Entwicklungsniveau) relativ gut ausgebaut, ihre Erhaltung oder sogar Erweiterung dürfte aber auf Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen (auch infolge der Stagflation, die die erste Phase der Transformation der Kommando-Wirtschaften begleitet). Gewisse Aspekte der gegenwärtigen Entwicklung könnten hingegen die Renaissance der Wirtschaftsdienste erleichtern. Nach der Auflösung großer Unternehmungen werden mittelgroße Industriefirmen entstehen, die in einer Marktwirtschaft erfahrungsgemäß hohe Nachfrage nach externen, zugekauften Dienstleistungen aufweisen. Die bisher in der Industrie versteckten Wirtschaftsdienste werden sich verselbständigen und auf dem Markt angeboten werden. Auch die meisten persönlichen Dienste (genauer: Dienste für private Haushalte) könnten leicht wiederbelebt

werden. Die beabsichtigte Privatisierung (Übergabe der Betriebe im öffentlichen Eigentum an die ehemaligen Eigentümer, Verkauf oder Versteigerung an private Interessenten, Joint-ventures mit ausländischen privaten Firmen oder Gründung neuer Betriebe durch Privatpersonen) wird dies beschleunigen. Umgekehrt würden Dienstleistungen die Privatisierung und die Wiederherstellung des Unternehmertums fördern (Fox, 1991); etwa zwei Drittel der privaten Betriebe entstehen derzeit im Dienstleistungssektor. Manche Dienstleistungen sind für die Marktwirtschaft unabdingbar. In die privatisierten Dienste dürfte auch ein Teil der bisherigen Schattenwirtschaft übergehen. Gute Chancen für privates Unternehmertum bestehen im Handel⁴, im Fremdenverkehr, in der Gastwirtschaft, im Reparaturwesen (für Autos und Haushaltsgeräte), in der Personenbeförderung (Taxis etc.) und in den Freizeitdiensten. Für die Bevölkerung wird die Belebung der Dienstleistungen infolge der Privatisierung wesentliche Verbesserungen des täglichen Lebens bringen. Der Verkäufermarkt wird sich in einen Käufermarkt verwandeln, das Warten in Schlangen und Suche nach Waren wird verschwinden. Handel wird sich vom Verkauf auf Marketing umorientieren, die Nachfrageimpulse auf die Industrie weiterleiten und deren Strukturanpassung beschleunigen. Einige Faktoren könnten aber bremsend wirken. Nach Jahrzehnten der Kommando-Wirtschaft fehlen unternehmerische Erfahrungen, und es herrscht eine Angst vor Risiken. Die bisherigen Gehaltsunterschiede zwischen der Schwerindustrie und den Dienstleistungen könnten die Verschiebung der Unselbständigen erschweren (die neuen Selbständigen dürften hingegen besser verdienen), es könnten Diskrepanzen in der regionalen Verteilung der Arbeitsuchenden und der neuen Arbeitsplätze entstehen. Eine durch restriktive monetäre Politik hervorgerufene Rezession oder Depression könnte einen Rückgang der Nachfrage der Haushalte nach Dienstleistungen und eine Zunahme von Do-it-yourself-Tätigkeiten (Fox, 1991) zu Folge haben und dadurch die Privatisierung verlangsamen. Die Sparquote würde nämlich sinken, und es würden wenig Finanzmittel (eigene oder Kredite) für Investitionen der künftigen Kleinunternehmer vorhanden sein. Oft fehlen Räume für Läden oder Werkstätten, und es besteht ein Mangel an Lagerkapazitäten.

Viele Aufgaben des Wiederaufbaus der Wirtschaftsdienste können aber von den mitteleuropäischen Reformländern nicht allein gelöst werden, ausländisches Kapital (Kredite, Joint-ventures, Direktinvestitionen) wird oft benötigt werden. Das Risiko für die Investoren wäre klein, die Nachfrage ist unbefriedigt, die eingesetzten Mittel könnten schnell zurückbezahlt werden. Deren Gewährung liegt auch im Interesse der westlichen Industriestaaten. Erst nach der Wiederherstellung der Marktwirtschaft können sich die mitteleuropäischen Reformländer wirtschaftlich öffnen, in die internationale Vernetzung der Wirtschaftstätigkeiten eingliedern und sich zu einem soliden Wirtschaftspartner der westlichen Industriestaaten entwickeln. Dann könnten grenzüberschreitende Direktinvestitionen⁵, die in den letzten Jahren in der Weltwirtschaft schneller als Exporte und Importe wuchsen und die internationale Arbeitsteilung prägen, voll zu Geltung kommen. Die

westlichen Industrieländer sollten in den Reformländern Mitteleuropas auch deswegen beim Aufbau der Wirtschaftsdienste helfen, um ihre Beteiligung an der Entwicklung der Industrie besser gestalten zu können. Verlässliche Unterlagen für lang- und mittelfristige Entscheidungen über Direktinvestitionen in der Industrie sind derzeit kaum vorhanden und die Unsicherheit wird noch einige Jahre andauern. Viele Preisrelationen, Steuersätze, Zölle, Zinssätze, Nachfragestruktur, rechtliche Normen, usw. sind noch immer provisorisch. Sollte sich der Zustand der Finanz-, Telekommunikations-, Beratungs- und anderer Dienste und auch der Wirtschaftsstatistik nicht schnell bessern, wären größere ausländische Aktivitäten in der Industrie der mitteleuropäischen Reformländer riskant. Westliche Firmen könnten auch die Produktion einiger Dienstleistungen in diese Länder verlagern, um die Vorteile der niedrigeren Löhne und relativ guter Qualifikation der Arbeitskräfte auszunützen.

Die Finanzierung der Renaissance des Dienstleistungssektors in den Reformländern Mitteleuropas ist gegenwärtig nicht ganz geklärt. Länder der Dritten Welt befürchten, daß Mittel für die Entwicklungshilfe in die ehemaligen Kommando-Wirtschaften umgeleitet werden könnten und dürften sich gegen eine umfangreiche internationale Hilfe wehren. Es ist auch nicht ganz klar, wie groß die verfügbaren Finanzmittel der Weltbank, der Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung letztlich sein werden und wie sich diese nach Ländern verteilen werden. Der Abschluß der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde über die Liberalisierung im Dienstleistungssektor (GATS) dürfte den mitteleuropäischen Reformländern auch helfen.

Für den Wiederaufbau der Dienstleistungen werden Investitionen¹⁰ in das Sachkapital (Anlage-Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur der Dienstleistungen) und in das Human-, bzw. Wissenskapital (Bildung, Übernahme von Rechtsnormen, Regulierungen, Standards und Arbeitsroutinen) benötigt.

Infrastruktur der Dienstleistungen

Eine wesentliche Verbesserung der Infrastruktur wird in den folgenden Dienstleistungen benötigt.

- Wohnungswirtschaft, Hotellerie und Büroräume;
- Verkehr;
- Telekommunikationen (bzw. Telematik, d. h. Telekommunikationen verkoppelt mit Computern).

Seit 1939 wurden in den ehemaligen Kommando-Wirtschaften Mitteleuropas wenig neue Wohnungen gebaut, und die bestehenden wurden nicht ordentlich gewartet. Es fehlten Baukapazitäten und finanzielle Mittel (z. B. in der CSFR decken die Mieten etwa 50 Prozent der Kosten der Instandhaltung der Wohnungen). Besonders spürbar ist der Wohnungsmangel in den Städten; die Lage am Lande ist infolge der Landflucht der Bevölkerung und dank dem Eigenbau der Familienhäuser

besser. Manche landwirtschaftliche Objekte wurden für Erholungszwecke renoviert. Auch wenn die Mieten erhöht werden (was bereits geschieht), wird die Renovierung älterer Stadtviertel und der Bau neuer Wohnungen große finanzielle Beträge erfordern. Die Inflation treibt gegenwärtig die Zinssätze und die Grundstückspreise in die Höhe. Die Wohnraumbeschaffung wurde früher mit günstigen Krediten gefördert, die jetzt verringert oder abgeschafft werden. Die bisher gewährten Kredite sind, z. B. in Ungarn, große Belastung der öffentlichen Budgets. Privatisierung des Wohneigentums könnte das Interesse der Bevölkerung an der Instandhaltung und am Bau der Wohnungen erhöhen, würde aber höheres Sparen benötigen, das nur bei steigendem Einkommen der Bevölkerung realisierbar wäre. Die Frage, ob in vorhersehbarer Zeit in den Reformländern Mitteleuropas ein halbwegs normaler Wohnungsmarkt entstehen könnte, müßte eher verneint werden (dies würde aber die für die Umstrukturierung der Wirtschaft benötigte Mobilität der Arbeitskräfte negativ beeinflussen). Gegenwärtig kommt es in diesen Ländern sogar zu einem Rückgang im Wohnungsbau. Mit großer ausländischer Finanzhilfe oder mit großen ausländischen Direktinvestitionen im Wohnbau ist nur in Ausnahmefällen zu rechnen; die westlichen Firmen könnten aber moderne Bautechnologie anbieten oder sich an Baufirmen in den Reformländern beteiligen.

Im Fremdenverkehr könnten in vorhersehbarer Zukunft die Bettenkapazitäten der Hotels die inländische Nachfrage decken, (wenn Reserven in Erholungsheimen der Betriebe oder der Gewerkschaften in Anspruch genommen werden), die ausländische Nachfrage nicht. Auch das Angebot an guten Hotelzimmern und medizinischen Leistungen in den Kurorten Ungarns und der ČSFR könnte durch ausländische Bauinvestitionen erweitert werden (bei den niedrigen Kosten der Lebenshaltung könnte auch über langfristige Unterbringung der Pensionisten aus West-Europa nachgedacht werden). In den achtziger Jahren haben westliche Firmen im Hotelbau gute Erfahrungen mit ihren Beteiligungen und Joint-ventures gemacht, die Nachfrage nach guten Hotelzimmern ist höher als das Angebot. Die Gastländer waren aber bisher nicht im Stande, sich mit Lieferungen eigener Produkte am Bau und am Betrieb der vom Ausland finanzierten Hotels ausreichend zu beteiligen. Mit ähnlichen Projekten im Bürobau werden erste Erfahrungen gewonnen, die Voraussetzungen sind ähnlich wie im Hotelbau. Die Nachfrage ist vorhanden, die Vertretungen westlicher Firmen brauchen moderne Büroräume.

Die Infrastruktur des Verkehrs ist in einem schlechten Zustand. Die Verkehrsintensität der Produktion war infolge des hohen Energie- und Rohstoffverbrauchs außerordentlich hoch (ECE, 1990b). Die Eisenbahnen waren lange Zeit überlastet und sind stark abgenützt, die Straßen sind in einem besserem Zustand. Es fehlt ein Netz von Autobahnen, die bestehenden Teilstücke sind nicht an Westeuropa angekoppelt. Flugplätze und Flugpark brauchen eine Modernisierung (die bisher verwendeten Flugzeuge sowjetischer Bauart bieten wenig Komfort und haben einen hohen Treibstoffverbrauch). Ausländisches Kapital könnte auch im Aus-

bau moderner Zugverbindungen (nach dem Vorbild des französischen TGV, oder der deutschen Expreszüge) und im Ausbau der auch für Westeuropa nützlichen Autobahnen¹¹ eingesetzt werden. Den Umbau des Verkehrs könnte auch der starke Rückgang der Nachfrage nach Verkehrsleistungen in der gegenwärtigen Phase der Transformation erleichtern.

Die wichtigste Aufgabe im Ausbau der Infrastruktur ist die Modernisierung der quantitativ und qualitativ unzureichenden¹² Telekommunikationen (ECE, 1990a). Die Kommando-Wirtschaft bevorzugte zentralisierte Verbreitung der Informationen gegenüber einer dezentralisierten; Fernsehen und Rundfunk wurden relativ gut, Telephone schlecht ausgebaut (Fleischer, 1990). Aber gerade die Telekommunikationsmittel für die dezentralisierte Informationsübergabe gliedern die Wirtschaft in das Netz der internationalen Arbeitsteilung ein und schaffen die elementaren Voraussetzungen für den Ablauf aller Wirtschaftstätigkeiten: in der Industrie, in der Landwirtschaft, in den Dienstleistungen (im Handel, Verkehr, Fremdenverkehr, in der Datenverarbeitung, im Bankwesen, Bildungs- und Gesundheitswesen, in der öffentlichen Verwaltung usw.). Angestrebt wird die Digitalisierung der Telekommunikationen, der Zugang zu globalen Übertragungsnetzen (Satellite, Glasfaserkabel¹³), Beteiligung an internationaler Datenübertragung und Übernahme bewährter moderner Telekommunikations-Systeme aus den westlichen Industriestaaten. Computer müßten an die Telekommunikationen angekoppelt werden (Telematik), was eine Erhöhung deren Zahl und Qualität voraussetzt. Die neuen Telekommunikationen werden ausländische Technologie verwenden, die mitteleuropäischen Reformländer beabsichtigen sie teils als öffentliche Betriebe, teils privat durch Unternehmungen aus den westlichen Industriestaaten zu betreiben. Ein Teil der Geräte, Einrichtungen und Computer könnte in den Reformländern in Lizenz oder in Filialen transnationaler Gesellschaften erzeugt werden, was positive Nebeneffekte des Transfers der Hochtechnologie bringen würde. Die Aufhebung der COCOM-Beschränkungen vieler High-Tech-Exporte hat bessere Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Telekommunikationen sollen teilprivatisiert (z. B. in Polen besteht schon eine private Telekommunikationsfirma, die Verbindungen über Telekommunikationssatelliten anbietet) und entbürokratisiert werden. Die Regulierung in diesem Bereich wird sich der Lage in der EG anpassen müssen. Interesse an Beteiligung an den Kommunikationsnetzen und an der Produktion der Geräte haben große Firmen aus USA, BRD, Frankreich und Großbritannien geäußert, die über zeitgemäße Technologie und ausreichende Finanzmittel verfügen.

Investitionen in das Human- und Wissenskapital

Investitionen in das Human- und Wissenskapital des Dienstleistungssektors werden teils auf dem Makro-, teils auf dem Mikro-Niveau benötigt.

Auf dem Makro-Niveau brauchen besonders drei öffentliche Dienstleistungen ausländische Hilfe: Bildung, Gesundheitswesen und amtliche Statistik.

- Die westlichen Industriestaaten haben Hilfe bei der universitären Ausbildung und der Sprachausbildung angeboten. Hilfe dürfte auch bei der Umschulung der in der Industrie überflüssigen Arbeitskräfte benötigt werden.
- Im Gesundheitswesen fehlen Gebäude, moderne Medikamente und Geräte¹⁴. Die Motivation des Personals ist schwach (das Pflegepersonal sucht Beschäftigung im Ausland, auch in Österreich). Der Bedarf an Gesundheitsdiensten könnte längerfristig durch Umweltschutz verringert werden (besonders in den Gebieten mit Schwerindustrie).
- Im öffentlichen Dienst müsste die amtliche Statistik verbessert und den Bedürfnissen der Marktwirtschaft angepaßt werden (ECE, 1990a). Die Wirtschaftsstatistik ist in den Reformländern Mitteleuropas in einem relativ guten Zustand, bietet aber trotzdem nicht genug an brauchbaren Daten. Sie verwendete bisher Konzepte der zentralen Wirtschaftsplanung, viele Datenerhebungen wurden mit Berichterstattung über die Planerfüllung gekoppelt. Die mitteleuropäischen Reformländer werden das international standardisierte und vor kurzem revidierte UNO-System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung „SNA“ einführen (vermutlich ab 1993). Die UNO Wirtschaftskommission für Europa und besonders die OECD helfen dabei, (die OECD hat in der „Economic Statistics and National Accounts Section“ eine neue Abteilung „Centre for Cooperation with the European Economies in Transition“ gegründet). Viele statistische Erhebungen und Umfragen müssen neu aufgebaut werden. Dasselbe gilt für die Übernahme der westlichen Buchhaltungsnormen, dies ist für ausländische Investoren sehr wichtig.

Auf dem Mikro-Niveau benötigen die Reformländer etwas, was als Partnerschaft bezeichnet werden könnte. Sie brauchen das Know-how für die tägliche Arbeit, die praktischen ökonomischen und technologischen Erfahrungen. Der Transfer des Wissens könnte die Verlagerung einiger Tätigkeiten in diese Länder begleiten. Ausbildung am Arbeitsplatz („on the job training“) könnte in den Niederlassungen ausländischer Firmen durchgeführt werden, die lokalen Arbeitskräfte könnten dort die westlichen Rechtsnormen, Regulierungen, Standards, Routinen und Erfahrungen kennenlernen. Die Zusammenarbeit könnte in verschiedenen Formen verwirklicht werden. Nicht nur als Direktinvestitionen. Joint-ventures wären eine sehr günstige Form der Zusammenarbeit, weil sie dem Charakter der Dienstleistungen als Interaktionen gut entsprechen, und weil mit ihnen viele Lerneffekte verbunden sind. Dasselbe gilt für Koproduktionsverträge, Leasing, Lizenz- oder Patentverkauf oder Franchising. Die Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskräfte in den Reformländern Mitteleuropas birgt aber die Gefahr eines „Brain-Drain“ in sich, gut ausgebildete Fachleute könnten Beschäftigung in geographisch (und kulturell) nahen und reicheren westeuropäischen Ländern suchen.

Vorteile der Zusammenarbeit beim Aufbau der Dienstleistungen

Die Hilfe der westlichen Staaten bei der Renaissance der Dienstleistungen in den Reformländern Mitteleuropas würde beiden Seiten Vorteile bringen. In diesen Ländern würden mit Dienstleistungen wichtige Voraussetzungen für das Funktionieren des Marktes geschaffen werden. Die Konkurrenzfähigkeit der Länder würde sich erhöhen; heutzutage sind Industrieprodukte ohne begleitende Dienstleistungen, ohne Eingliederung in die internationale Vernetzung der Wirtschaftstätigkeiten, schwer auf den internationalen Märkten absetzbar. Nach dem Abschluß der Verhandlungen der Uruguay-Runde über die Liberalisierung des Dienstleistungshandels (GATS) könnten die mitteleuropäischen Reformländer auch auf einen besseren Zutritt zu Exportmärkten für einige Dienstleistungen hoffen (Pietras, 1990).

Auch den westlichen Firmen würde Hilfe beim Aufbau der Dienstleistungen einige Vorteile bringen. Der Schwerpunkt internationaler Wirtschaftsbeziehungen verschiebt sich von Exporten zu Direktinvestitionen. Voraussetzungen für das Eindringen westlicher Firmen in die Reformländer Mitteleuropas (besonders der Informationsstand über deren Wirtschaft) würden sich durch deren Beteiligung am Ausbau der Dienstleistungen verbessern, die Firmen könnten die Aussichten der Direktinvestitionen, Joint-ventures und anderer Kooperationsformen besser abschätzen. Der gegenwärtige Mangel an verlässlichen Informationen brems die Aktivitäten ausländischer Investoren (Ehrlich, 1990).

Weiters könnte Produktion einiger Dienstleistungen aus den westlichen Staaten in die Reformländer Mitteleuropas verlegt werden. Dafür hat die Region drei gute Voraussetzungen:

- Das Bildungsniveau ist relativ gut, besonders bei Technikern und Architekten. Die Qualifikation der Fachleute könnte den westlichen Standards rasch angepaßt werden, diese müßten aber Fremdsprachen lernen und praktische Anwendungen allgemeiner Kenntnisse, Standards oder der Routineabläufe bewältigen.
- Das Lohnniveau ist niedrig. Der Pro-Kopf-Verbrauch in den drei mitteleuropäischen Reformländern dürfte ungefähr 30 bis 60 Prozent des österreichischen Niveaus betragen, die Relationen der Reallöhne dürften künftig ungefähr in diesem Intervall liegen (bei den gegenwärtigen Wechselkursen sind die relativen Löhne noch niedriger).
- Westliche Firmen können bei Beteiligung an Dienstleistungsbetrieben einen wirtschaftlichen Erfolg nur dann haben, wenn sie moderne Technologie und Management-Know-how mitbringen und den Zugang zu westlichen Märkten sichern. Zu solcher Zusammenarbeit sind die mitteleuropäischen Reformländer bereit.

Eine engere Zusammenarbeit bietet sich besonders bei den folgenden Dienstleistungen an:

- Finanzdienste: Banken aus westlichen Industriestaaten sollten bei der Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Reformländern Mitteleuropas eine Vorreiterrolle übernehmen, deren Filialen könnten im Außenhandel, bei Direktinvestitionen und bei Joint-ven-

tures behilflich sein. Die Reformländer brauchen Know-how über das Funktionieren der Kapitalmärkte, besonders über die Aktienbörse¹⁵, und Know-how über Routineoperationen (Gehaltskonten, Vergabe privater Kredite, bargeldlose Zahlungen, Kreditkarten). In der Kommando-Wirtschaft hat der Staat die Funktion der Versicherungen (sowohl für Personen als auch für Betriebe) übernommen. Westliche Beteiligung oder Filialen im Versicherungswesen würden den mitteleuropäischen Reformländern helfen, die staatlichen oder genossenschaftlichen Monopole zu brechen und das Angebot an Versicherungsdiensten zu erweitern. In der Marktwirtschaft werden Betriebe mit neuen Risiken konfrontiert werden, mit dem erhofften Anstieg des Lebensstandards wird neue Nachfrage nach breiter Palette von Personen und sachbezogenen Diensten entstehen.

- Unternehmensberatung: Man kann den westlichen Firmen die Auskunft über die Wirtschaft der Reformländer Mitteleuropas nicht nur im Westen geben, die Experten müssen dort leben und mit den lokalen Gegebenheiten vertraut sein. Potentielle „einheimische“ Fachleute, die an der Stelle einen Teil der Beratungsdienste erledigen könnten, sind auf den Hochschulen, in den Akademien der Wissenschaften, in branchenspezifischen Forschungsinstituten (die den Ministerien bisher untergeordnet waren) und in Unternehmungen vorhanden. Sie müssen ihre Kenntnisse ergänzen und sich mit den Arbeitsroutinen im Westen vertraut machen. Die westlichen Beratungsfirmen könnten sie in Filialen in den Reformländern beschäftigen¹⁶ und von ihren lokalen Kenntnissen profitieren. Einige große Beratungsfirmen aus den USA, Großbritannien und Frankreich haben in dieser Region schon Niederlassungen gegründet (Kigyóssy-Schmidt, 1991).
- Technische Dienste, bzw. Forschung und Entwicklung: Die technische Ausbildung hat in den Reformländern Mitteleuropas eine lange Tradition. Die Techniker müßten sich mit westlicher Technologie und mit westlichen Normen und Standards vertraut machen, um sich an ausländischen Aufträgen beteiligen zu können. Die Reformländer haben Erfahrungen mit dem Export technischer Dienste in die Entwicklungsländer und auch in die Industriestaaten.
- Softwareherstellung: Die gute Ausbildung der Mathematiker und Informatiker in den Reformländern Mitteleuropas schafft gute Voraussetzungen für die Verlagerung der Softwareherstellung in diese Region oder für den Einkauf von Computerprogrammen (Havlík, 1991). Im Handel mit Software haben schon die ungarischen Programmierer gewisse Erfolge erzielt. Die meisten Spezialisten müßten aber die westlichen Arbeitsroutinen und die Fragestellungen lernen¹⁷.

In diesen vier Bereichen haben die österreichischen Firmen gute Voraussetzungen für ein aktives Engagement. Österreichische Banken haben schon Filialen in den mitteleuropäischen Ländern gegründet, die bei der Abwicklung der Joint-ventures und Direktinvestitionen österreichischer Firmen nützlich sind. Österreichische Versicherungen waren in der Vorkriegszeit in den Nachbarländern tätig und wollen die alten Kontakte wiederbeleben; sie planen langfristig und hoffen auf eine Belebung

der Nachfrage. In der Softwareherstellung sind die österreichischen Firmen etwas aktiv, einige Aufträge wurden in die Nachbarländer vergeben. Relativ wenig ist bisher auf dem Gebiet der Unternehmensberatung geschehen. Neben diesen vier Bereichen engagieren sich österreichische Firmen stark im Hotelbau und setzen ihr Know-how über den Fremdenverkehr ein.

Österreichische Dienstleistungsfirmen haben, im Vergleich mit ihren westeuropäischen, japanischen und amerikanischen Konkurrenten, in den Reformländern Mitteleuropas gewisse Nachteile und Vorteile. Die allgemeine Ursache der Nachteile Österreichs sind die Größenordnungen. Die Wirtschaftsleistung¹⁸ Österreichs beträgt etwa ein Viertel der Gesamtleistung der drei mitteleuropäischen Reformländer. Die überwiegend kleinen österreichischen Dienstleistungsfirmen sind zwar flexibel (was bei Dienstleistungen wichtig ist), stehen aber im Wettbewerb mit größeren Firmen aus anderen westlichen Industriestaaten. Die österreichischen Banken gehören nicht zu den mächtigsten in Europa. Auch die österreichischen Versicherungsfirmen sind nicht groß, und die ausländische Kapitalbeteiligung ist in diesem Bereich in Österreich hoch. Die Unternehmensberater, die Datenverarbeiter und die technischen Büros sind überwiegend kleine Firmen. Software wird in Österreich überwiegend in kleinen Häusern hergestellt (abgesehen von einer großen Niederlassung eines ausländischen Konzerns).

Der größte Vorteil Österreichs ist die geographische Nähe und die dadurch bedingte lange gemeinsame kulturelle und zivilisatorische Tradition Mitteleuropas. Die Mitteleuropäer haben eine ähnliche Mentalität, persönliche Kontakte, die bei Dienstleistungen wichtig sind, können leicht hergestellt werden. Viele österreichische Firmen waren vor dem Krieg in den Nachbarländern tätig. Da Dienstleistungen im Grunde Interaktionen zwischen Menschen sind, sollte dieser Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit nicht unterschätzt werden. Österreicher könnten und sollten auch nachdenken, wie bei der Renaissance der Dienstleistungen eine langfristig geplante, gut durchgedachte und koordinierte Infrastruktur (des Verkehrs und der Telekommunikationen wie auch der Regulierungen, Standards und Rechtsnormen) als Basis der Vernetzung der Wirtschaftstätigkeiten in Mitteleuropa entstehen könnte, die mit der Infrastruktur in den Europäischen Gemeinschaften kompatibel wäre.

Der zweite Vorteil Österreichs ist temporär und etwas widersprüchlich. Die drei mitteleuropäischen Reformländer beabsichtigen in der Zukunft den Europäischen Gemeinschaften beizutreten. Österreich wird dieselbe Absicht früher verwirklichen können. Erfahrungen Österreichs bei der Vorbereitung an den Beitritt zur EG könnten für die mitteleuropäischen Reformländer nützlich sein und ihren Dienstleistungssektor beeinflussen. Diese könnten es aber bevorzugen, sich direkt an die EG zu wenden¹⁹.

Schlußfolgerungen

Dienstleistungen sind Interaktionen, die auf der Infrastruktur verschiedener Netze abgewickelt werden und das Funktionieren des Marktes ermöglichen und fördern. In den Kommando-Wirtschaften wurden sie wenig benötigt, da der Markt als Koordinationsinstrument der Wirtschaftstätigkeiten ausgeschaltet wurde, und sie wurden auch bei der Verteilung von Ressourcen durch die Schwerindustrie verdrängt.

Eine Renaissance der Dienstleistungen ist für die Wiederherstellung der Marktwirtschaft in den Reformländern Mitteleuropas absolut notwendig. Dienstleistungen sollten auch helfen, die ehemaligen Kommando-Wirtschaften in die internationale Vernetzung der Wirtschaftstätigkeiten einzugliedern und werden bei der Privatisierung der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Die Größe des Dienstleistungssektors (vielleicht gemessen an der international vergleichbaren Zahl der Beschäftigten) könnte als Indikator des Fortschritts bei der Einführung der Marktwirtschaft dienen. Voraussetzungen für die Belebung sind bei verschiedenen Dienstleistungen ungleich. Viele persönliche und einige soziale Dienste könnten mit eigenen Kräften der Reformländer belebt werden, bei anderen wird eine Zusammenarbeit mit dem Ausland notwendig sein. Besonders bei der Erneuerung und beim Ausbau der Telekommunikationen (bzw. der Telematik) und des Verkehrs wird ausländisches Kapital und Know-how benötigt. Niederlassungen westlicher Banken, Versicherungen und Wirtschaftsberater könnten bei der Orientierung der westlichen Investoren behilflich sein. Westliche Dienstleistungsfirmen könnten auch ihre Aktivitäten in die mitteleuropäischen Reformländer verlegen und von der guten Qualifikation der Arbeitskräfte und dem niedrigen Lohnniveau profitieren.

Anmerkungen

- 1 Ähnliche, aber nicht vollständige statistische Übersichten der Lage des Dienstleistungssektors in Ländern mit Kommando-Wirtschaft findet man bei Miskinis (1990) und im Jahresbericht der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE, 1990b). Eine bessere Statistik über Dienstleistungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern wird vorbereitet, sie kommt frühestens ab 1993 mit der Übernahme des neuen Systems der VGR (der neuen SNA) und der neuen Klassifikationen der UNO.
- 2 Die nominellen Werte nach 1987 dürften in einigen Ländern durch die hohe Inflation verzerrt sein, und deswegen werden sie (soweit sie vorhanden sind) hier nicht veröffentlicht.
- 3 A. Smith (1776) hielt für unproduktiv die Arbeit der Diener der Aristokratie und gewisse Aktivitäten der Kirche. Diese Tätigkeiten gingen mit der Industrialisierung zurück. In Frankreich betrug Ende des 18. Jahrhunderts der Anteil der Dienstleistungen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 30 Prozent, ging Mitte des neunzehnten Jahrhunderts auf etwa 20 Prozent zurück und erreichte um 1930 wieder 30 Prozent. (Delaunay, Gadrey, 1987).
- 4 Die ursprüngliche Idee „eine Nation – eine Fabrik“ (Kautsky, 1910) wurde nach 1917 in Rußland nach dem folgenden Grundsatz verwirklicht: „Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats-Syndikats“ (Lenin, 1917).

- 5 Ein Teilnehmer der Konferenz über Dienstleistungen in den ehemaligen Kommando-Wirtschaften in Genf im Mai 1990 sprach über die Verdrängung von „knowledge-intensive services“ durch „ignorance-intensive services“.
- 6 Die Verschlechterung des Zustandes der Infrastruktur zeigt ein Vergleich des Ausbaus und der Qualität der Infrastruktur für 27 Länder, der die folgenden Rangordnungen der Kommando-Wirtschaften für 1960 und für 1983 ergab: ČSFR: 16 bzw. 20; Bulgarien: 21 bzw. 21; Ungarn: 19 bzw. 22; Polen: 22 bzw. 23; Jugoslawien: 25 bzw. 25; Rumänien: 26 bzw. 26. (Ehrlich, 1990; ähnliche Angaben findet man in Michalová-Fronková, 1990).
- 7 In der ČSFR könnte bis 2000 der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtbeschäftigung von den derzeitigen 40 Prozent auf 50 Prozent erhöht werden, was einen Zuwachs von 750.000 Beschäftigten in diesem Sektor bedeuten würde (Mervart, 1990). Nach anderen Schätzungen könnte der Dienstleistungssektor in den kommenden fünf Jahren 500.000 Arbeitskräfte aufnehmen (Nešporová, 1990). Sollte die ČSFR die durchschnittliche Struktur der Beschäftigung in Österreich, Dänemark und der Schweiz erreichen, müßten im primären Sektor 560.000 und im sekundären 750.000 Beschäftigte abgebaut und 1.310.000 im tertiären Sektor absorbiert werden (Flasarová, Křováčková, Šimonovská, 1990).
- 8 Die Zahl der neuen privaten Firmen wird in Polen auf mehr als eine Million geschätzt, die meisten sind klein und sind im Detailhandel entstanden. Mit der Versteigerung der Läden in der ČSFR wurde Anfang 1991 begonnen. In der ČSFR könnte der Binnenhandel künftig bis zu 250.000 zusätzliche Personen beschäftigen, vorausgesetzt, daß die Handelsspanne im Einzelhandel im Durchschnitt auf etwa 25 Prozent erhöht wird (was derzeit geschieht) und daß in diesem Bereich entsprechend stark investiert wird (Mervart, 1990).
- 9 Die Voraussetzungen der Attraktivität des Landes für ausländische Investoren sind Aussichten auf einen finanziellen Erfolg, günstige Sozial- und Kulturpolitik, akzeptable Umweltpolitik, Angebot an gut ausgebildeten Facharbeitern und Technikern, Überschuß an billigen Arbeitskräften, wissenschaftliche Institutionen, akzeptable Gewerkschaftsorganisationen, gute Infrastruktur, Schutz des intellektuellen Eigentums und Voraussetzungen für Komplementarität und Synergie (Jirásek, 1990).
- 10 1989 betrug der Anteil der Dienstleistungen an den gesamten Joint-ventures – gemessen an deren Zahl bzw. am Gesamtauslandskapital: in Polen 4,7 Prozent bzw. 1,8 Prozent, in der UdSSR 22,6 Prozent bzw. 7,6 Prozent. Gemessen an deren Zahl, betrug in Ungarn der Anteil der Joint-ventures 30 Prozent im Finanzwesen, 4 Prozent im Handel, 18 Prozent in Hotels und Restaurants, 3 Prozent im Verkehr und Telekommunikationen und 4 Prozent im Gesundheitswesen. (East-West Joint-ventures, 1989 (2, 3, 4), ECE, Genf). Nach anderen Angaben betrug in Polen Ende April 1990 der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtzahl der Joint-ventures 35 Prozent, davon entfielen zwei Fünftel auf die BRD; es überwogen technische Dienste, Beratungsdienste, und auch Softwareherstellung und Datenverarbeitung, da Polen in diesen Bereichen viele qualifizierte Kräfte anbieten kann (Pietras, 1990).
- 11 Als Beispiel kann die geplante Autobahn Nürnberg-Pilsen dienen.
- 12 Die Zahl der Telefone pro 1000 Einwohner liegt zwischen 12 (Polen und UdSSR) bis 25 (ČSFR und Bulgarien). Der Rückstand der ČSFR hinter Österreich in Telefonausstattung beträgt 17 Jahre (Mervart, 1990). In Ungarn waren 80 Prozent der Teilnehmer nicht an das internationale Telefonnetz angeschlossen (Ehrlich, 1990). Die Ausstattung mit neuen Telekommunikationsmitteln war noch schlechter; z. B. in der ČSFR gab es 1989 lediglich 953 Telefax-Anschlüsse. Für bestimmte Organisationen (Innen- und Verteidigungsministerien, Elektrizitätswirtschaft, Ölindustrie, Eisenbahn, die herrschenden politischen Parteien) wurden unabhängige Telekommunikationsnetze errichtet.
- 13 An Plänen für eine „Middle Europe Digital Highway“ aus Glasfaserkabeln zwischen Berlin, Warschau Moskau und Prag, und zwischen Wien, Prag, Budapest und Norditalien, bzw. Kiew, wird gearbeitet (Way, 1990).
- 14 In der ČSFR sind 60 Prozent der Gesundheitseinrichtungen älter als 60 und 20 Prozent älter als 70 Jahre (Mervart, 1990).
- 15 Die Budapester Börse wurden 1864 gegründet, nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschafft und am 21. Juni 1990 wiedereröffnet. Das Know-how für die Börse in Polen sollte durch Ausbildung einiger künftiger Mitarbeiter, in London erworben werden.

- 16 Eine britische Firma bietet den westlichen Firmen Adressen von qualifizierten Rechtsanwälten, Buchhaltern und Steuerberatern in den Reformländern Mittel- und Osteuropas an (East-West Joint-ventures, 1990 (5), ECE, Genf).
- 17 Etwa 4000 polnische Programmierer arbeiteten 1990 im Ausland, etwa 3000 private Softwarefirmen könnten sich dank der niedrigen Gehälter am polnischen Binnenmarkt gegen die ausländische Konkurrenz gut behaupten. Eine ungarische Firma kauft Computerteile in Taiwan, erzeugt spezialisierte Computer für Banken, liefert dazu Software, exportiert den Großteil der Produktion nach dem Westen und arbeitet mit einer Bank in der Schweiz und mit Forschungsstellen in der BRD und in den USA zusammen.
- 18 Österreich hat 7,6 Millionen; Ungarn 10,5 Millionen, ČSFR 15,6 Millionen und Polen 37,9 Millionen, die drei Reformländer insgesamt 64,3 Millionen Einwohner. Unter der Annahme, daß das Pro-Kopf Brutto-Inlandsprodukt in diesen drei Ländern im Durchschnitt der Hälfte des österreichischen Niveaus entspricht, ergibt sich ein Verhältnis der Wirtschaftsleistung von etwa 1:4,2.
- 19 Z. B. das Vorbild des neuen Gesetzes der ČSFR über die Aktiengesellschaften war das bundesdeutsche Gesetz.

Literatur

- Bicanic, I., The Ambiguous Position of Knowledge Intensive Producer Services in the Yugoslav Economy, The Sixth Annual Seminar on Service Economy, Genf, 1990
- ECE (Economic Commission for Europe), Economic Survey of Europe 1989–1990, Genf, 1990: a) "Economic Reform in the East: A Framework for Western Support", S. 1–2 – 1–27. b) "Eastern Europe and the Soviet Union: Developments in the Service Sector, 1970–1987", S. 3–83 – 3–108
- Ehrlich É., "Study on the Present State and Future Development Tendencies Of Hungarian Infrastructure and Services", The Sixth Annual Seminar on Service Economy, Genf, 1990
- D'Alcantara, G., Reflexions about some Basic Concepts for the Services Economics, Rencontre Internationale Dynamique des Services et Théories Économiques, Université de Lille, 1987
- Delaunay, J. C., Gadrey, J., Les enjeux de la société de service, Presse de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris, 1987
- Flasárová, L., Křovák, J., Šimonovská, D., "Změny na trhu práce (Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt)" Politická ekonomie, 1990 (7), S. 851–859
- Fleischer, T., Diffusion of Local Infrastructure in the Settlement Network in Hungary, The Sixth Annual Seminar on Service Economy, Genf, 1990
- Fox, K. F. A., "The Privatization of Services in Formerly-Socialist Countries: A Model of the Development of Service Entrepreneurship", Seventh Annual Seminar on Service Economy, Paris, 1991
- Havlík, P., Information Technologies in The East: Past, Present and Future Prospects, WIIW, Reprint-Serie No. 135, June 1991
- Kornai, J. Matits, A., "Softness of the Budget Constraint – An Analysis Relying on Data of Firms", Acta Oeconomica, 1984 (3–4) S. 223–249
- Jirásek, J., The Impact of Globalization on Collaborative Strategic Business Options, WP-90-074, IIASA, Laxenburg, 1990
- Lenin, V. I., „Staat und Revolution“, 1917 (in: Ausgewählte Werke. Progres, Moskau, 1969)
- Kautsky, K., Der Klassenkampf (Erfurter Programm), C. H. Kerr, Chicago, 1910.
- Kigyóssy-Schmidt, E., "Business services in the Transition of Former Centrally Planned Economies: The Case of Hungary", Seventh Annual Seminar on Service Economy, Paris, 1991
- Maciejewicz, J., Monkiewicz, J., "Changing Role of Services in the Socialist Countries in Eastern Europe", The Service Industries Journal, 1989 (3) S. 384–398
- Mervart, J., "Rozvoj služeb v terciárním sektoru, (Die Entwicklung der Dienstleistungen im tertiären Sektor)", Plánované hospodářství 1990 (1), S. 15–17

- Michalová, V., Fronková, V., Economic Growth and Development in Services in Czechoslovakia, The Sixth Annual Seminar on Service Economy, Genf, 1990
- Miskinis, A., Services in the Centralized Economies, The Sixth Annual Seminar on Service Economy, Genf, 1990
- Nešporová A., "The New Role of Services in Czechoslovak Economy and Society", Konferenz "The Role of Services in the Socio-Economic Transformation and the Integration of Western and Eastern Europe", Budapest, 1990
- Pietras, J., "Poland's Services Trade and Policy Options for the Uruguay Round", The Service Economy, 1990 (3), S. 1-5
- Smith, A., An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations, 1776 (Edition Clarendon Press, Oxford, 1979)
- Way, R., "Global Digital Highways for Europe", Konferenz "The Role of Services in the Socio-Economic Transformation and the Integration of Western and Eastern Europe", Budapest, 1990